

*Im***Fokus**



Humanitäre Hilfe

im Zeichen

der Klimakrise



caritas international
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS

Inhalt

03 **Vorwort**

von Oliver Müller, Leiter von Caritas international

04 **Wachsende Not, mangelnde Kapazitäten**

Warum sich die humanitäre Hilfe im Zeichen der Klimakrise verändern muss

08 **Klima wird immer mitgedacht**

Gespräch mit Projektverantwortlichen von Caritas international über humanitäre Hilfe in Zeiten der Klimakrise

12 **Humanitäre Hilfe in der Klimakrise**

Schaubild

14 **Fünf Regenzeiten ohne Niederschläge**

Interview mit Isacko Jirma Molu, Leiter der Caritas Marsabit, über die Klimakrise im Norden Kenias

16 **Gemeinsam gegen Fluten gewappnet**

Wie Frühwarnsysteme in Indien den Ärmsten der Armen helfen

18 **Neue Energie in alten Häusern**

In Armenien verbindet ein Caritas-Projekt Klimaschutz mit Armutsbekämpfung

20 **Grün ist die Hoffnung**

Ein Caritas-Projekt im Tschad ermöglicht Landwirtschaft trotz Versandung

22 **Der Amazonas ist das wahre Gold**

Waldlandbau in Peru ist eine nachhaltige Alternative zur Abholzung des Regenwaldes

24 **Die Verursacher haftbar machen**

Sind Ausgleichszahlungen ein brauchbarer Ansatz für Klimagerechtigkeit?

28 **Klimaschutz hilft Armut verringern**

Interview mit Astrid Schaffert, Klimaexpertin des Deutschen Caritasverbandes

30 **Wanderausstellung von Caritas international**

über den Zusammenhang von Klimakrise & Flucht

IMPRESSUM

Deutscher Caritasverband e.V.
Caritas international
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Tel. 0761 200-288, Fax 0761 200-730
E-Mail: spenderbetreuung@caritas.de
www.caritas-international.de

Redaktion: Dariush Ghobad (verantwortl.),
Andrea Edler, Katharina Höring, Stefanie Santo,
Verena Schmidt, Christian Stock, Linda Tenbohlen

Titelfoto: Im Norden Kenias fiel die Regenzeit gleich
fünfmal hintereinander aus. Die Hirtennomad_innen
müssen Strecken von bis zu 35 km zu den nächsten
Wasserstellen zurücklegen.

© Sebastian Haury/Caritas international

Redaktionsschluss: Januar 2024

Layout: Carina Ulmann
Druck: Hofmann Druck, Emmendingen
Papier: Enviro Polar, aus 100% Recyclingfasern
Die Broschüre wurde klimaneutral gedruckt.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gerne hätten wir Ihnen in dieser Publikation über humanitäre Hilfe in Zeiten der Klimakrise ausschließlich positive Nachrichten und Botschaften überbracht. Wir alle sind ermüdet von den ständigen Katastrophenmeldungen und Weltuntergangsszenarien.

Tatsächlich sind die Nachrichten jedoch alarmierend: Im Sommer 2023 wurden global die höchsten Temperaturen seit Beginn der Aufzeichnungen gemessen, das gesamte Jahr wird voraussichtlich das wärmste der bisherigen Zeiten werden. António Guterres, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, warnt: „Der Klimakollaps hat begonnen.“ Als Leiter einer humanitären Hilfsorganisation, die in 77 Ländern weltweit aktiv ist, überrascht mich das leider nicht. Seit mehr als einem Jahrzehnt berichten unsere Partnerorganisationen von Rekordtemperaturen, ausbleibenden Niederschlägen und Extremwetterereignissen in ungekannter Häufigkeit und Intensität. Im Norden Kenias fielen gleich fünf Regenzeiten hintereinander aus, was für die dort lebenden Viehnomaden existenzbedrohend ist.

Für uns als humanitäres Hilfswerk birgt die Klimakrise enorme Herausforderungen. Sie vervielfacht den Bedarf an humanitärer Hilfe und verstärkt bereits bestehende Konflikte. Wie müssen wir uns und unsere Partner entwickeln, um weiterhin helfen zu können? Und wo liegen die Grenzen des humanitären Systems? Diese Fragen werden von den Autorinnen und Autoren der vorliegenden Publikation diskutiert. Bei allen gelegentlich unterschiedlichen Ansichten kommen sie zu einer klaren Haltung: Es liegt in erster Linie an uns im globalen Norden, Emissionen zu senken und nachhaltig zu wirtschaften.

Einigkeit besteht in den Beiträgen dieser Broschüre auch darin, dass unsere lokalen Partner in ihren Projekten bereits großartige Ansätze gefunden haben, die zur Bewältigung der Klimakrise beitragen. Es sind keine spektakulären Großprojekte, die es in die Schlagzeilen schaffen, sondern kleine, aber dafür konkrete Maßnahmen. Sie verbessern das Leben jener Menschen, die unter den Folgen der Klimakrise schon jetzt am meisten zu leiden haben. Einige dieser Projekte stellen wir Ihnen auf den nächsten Seiten vor, darunter angepasste Landwirtschaft im Tschad und in Peru oder Frühwarnsysteme in Indien. Und wir präsentieren sozialökologische Ansätze, die klimaschonendes Wirtschaften mit Armutsbekämpfung in Einklang bringen, wie zum Beispiel das Solarthermie-Projekt der Caritas Armenien.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Dieses geflügelte Wort von Erich Kästner trifft ganz besonders auf klimarelevantes Handeln zu. Unsere Projektpartner setzen es bereits täglich in die Realität um. Bei ihnen handelt es sich genau um jene vorbildlichen Akteure, die die Klimaforscher im Blick haben, wenn sie einhellig sagen: Die katastrophale Eskalation der Klimakrise ist noch aufzuhalten, wenn wir jetzt konsequent handeln – und nicht erst morgen.

Mit diesem positiven und Mut zur Veränderung machenden Ausblick wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Oliver Müller
Leiter von Caritas international





© Sebastian Haury

Hilfe zum Überleben:
Ein Tanklaster der Caritas-Partnerorganisation PACIDA bringt 12.000 Liter Trinkwasser in die dürregeplagte Region Marsabit im Norden Kenias.

Wachsende Not, mangelnde Kapazitäten

Warum sich die humanitäre Hilfe im Zeichen der Klimakrise verändern muss

Die katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise bestimmen die Arbeit von humanitären Hilfsorganisationen immer stärker. Doch noch bestehen große Defizite bei der Bewältigung der neuen Aufgaben. Was muss sich bei den Organisationen grundsätzlich verändern, damit sie für künftige Herausforderungen gewappnet sind?

Dürre, Fluten und Stürme – immer mehr, immer stärker, überall. Der Klimawandel betrifft die ganze Erde und wird auch den humanitären Sektor in seinen Grundfesten erschüttern. Die Klimakrise macht einen Wandel der humanitären Hilfe unabdingbar. Ein „Weiter so“ bedeutet, dass das humanitäre System seine Aufgaben nicht mehr erfüllen und immer weniger Menschen in Not angemessen versorgen kann. Schon jetzt steigen die humanitären Bedarfe sprunghaft, vor allem als Folge von Konflikten und Naturkatastrophen: Derzeit sind weltweit 340 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Trotz dieser Herausforderungen sind humanitäre Organisationen finanziell, technisch und hinsichtlich ihrer Kapazitäten nicht ausreichend auf die Klimakrise und ihre Bewältigung vorbereitet. Zukünftig werden daher drei Grundsätze wichtig sein:

- > den Umfang der humanitären Maßnahmen den Bedarfen anpassen („Scaling up“)
- > angemessen mit erforderlichen Qualifikationen reagieren („Skilling up“)
- > proaktiv die Zukunft der humanitären Hilfe gestalten („Futuring up“)



Vorausschauende Maßnahmen stellen eine der vielversprechendsten innovativen Praktiken für *Skilling-Up* der jüngsten Vergangenheit dar, können aber nur ein Mechanismus in einem ganz neuen Werkzeugkasten sein, der zur Bewältigung des Klimawandels erforderlich sein wird. Wichtig ist insbesondere, dass lokale Akteur_innen der Hilfe flächendeckend an Einfluss gewinnen, dass also lokale Hilfsorganisationen selbst über Frühwarnsysteme verfügen und ihre Selbstbestimmungsansätze unterstützt werden. Durch diese Lokalisierung können sich die Partner aus dem globalen Süden eigenverantwortlich einbinden, wodurch auch der ökologische Fußabdruck von humanitären Organisationen verringert wird. Viele Organisationen reduzieren bereits Treibhausgasemissionen, indem sie Reisetätigkeiten und Importe einschränken. Dazu gehört auch, vor Ort in nicht-schädliche Energieerzeugung zu investieren und auf die Sekundäremissionen durch Finanzströme zu achten. Schon jetzt ermöglichen Werkzeuge, Risiken für die Umwelt als Folge von Projektaktivitäten zu erkennen und mögliche Schäden zu reduzieren.

Es bedarf dazu eines Wandels in diesen Bereichen:

- 1 In der Weise, wie humanitäre Organisationen ihre Operationen planen und durchführen, wie sie sich an das neue Klima anpassen und dessen schädliche Auswirkungen abschwächen.
- 2 In Bezug auf das humanitäre Mandat und seine Grenzen, insbesondere in Anbetracht des in der Projektlogik verankerten kurzfristigen Denkens.
- 3 In Bezug auf die Normen und Grundsätze, die die Grundlage der humanitären Arbeit bilden.

1. WANDEL IN DER HUMANITÄREN HILFE: LOKALISIERUNG UND DEN ÖKOLOGISCHEN FUSSABDRUCK REDUZIEREN

Die operative Ebene der humanitären Hilfe ist der konkreteste Bereich, in dem notwendige Veränderungen stattfinden müssen. In den vergangenen Jahren wurde in der Vorausschau und der Antizipation, also beim Umdenken von reaktiven auf präventive Arbeitsweisen, schon viel in Bewegung gesetzt.

Im operativen Bereich treten auch die Hürden innerhalb von Organisation am deutlichsten zutage. Zu den Hemmnissen bei der Bewältigung der Klimakrise gehören Veränderungsmüdigkeit, eine gewisse Trägheit des Systems sowie Personalmangel und Fluktuation. Hinzu kommen mangelnde Klimakompetenz, Silos innerhalb der Organisationen – insbesondere zwischen humanitären und EZ-Abteilungen –, finanzielle Abhängigkeiten sowie ineffektive Entscheidungsprozesse. Die Bedeutung der Bereitschaft zum organisatorischen Wandel des humanitären Sektors kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

2. DIE KLIMAKRISE UND DAS HUMANITÄRE MANDAT

Das humanitäre Mandat umfasst Nothilfe für Menschen, die unter plötzlich oder schleichend eintretenden Krisen leiden. Insbesondere der Zeitrahmen und die Interventionstiefe unterscheiden sich von längeren, weitreichenderen Entwicklungsprojekten. Die meisten Hilfsorganisationen leisten sowohl humanitäre Hilfe als auch Entwicklungshilfe. Die Ausweitung des humanitären Mandats auf stärker abgestimmte und integrierte Projekte

kann kohärentes Handeln auch im Klimasektor erleichtern.

Die zeitliche Dimension des humanitären Mandats ist ein zentraler Aspekt, der in der Klimakrise auf dem Prüfstand steht. Der humanitäre Sektor ist in seiner Arbeitsweise und seinem Selbstverständnis noch stark auf die Gegenwart fokussiert. Er versäumt es oft, zurückzublicken, um Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu finden, und vorzudenken, um positive Szenarien zu entwerfen. Orte wie Za'atari in Jordanien und Kakuma in Kenia, wo es seit Jahrzehnten improvisierte Geflüchtetenlager gibt, sind räumliche Zeugnisse eines humanitären Sektors, der „in der Gegenwart feststeckt“ (Brun 2016). In diesen Lagern gibt es keine Geschichte und keine Zukunft, nur Gegenwart. Quantitative Daten stützen das: Die Krisen andauernder Zwangsvertreibung dauern im Durchschnitt 26 Jahre. Der Klimawandel wird dies voraussichtlich noch verstärken. Er führt dazu, dass Krisen nahtlos ineinander übergehen und sich so eine „neue Normalität“ der Krise entwickelt. Daher muss die humanitäre Hilfe in längeren Zeiträumen denken und handeln.

3. WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE VIER NORMEN DER HUMANITÄREN HILFE?

Vier wesentliche Prinzipien der humanitären Hilfe werden von der Klimakrise herausgefordert:

Menschlichkeit

Bereits die Bezeichnung verweist darauf, dass dieses Prinzip bislang auf menschliches Leben beschränkt ist. Nun gibt es Diskussionen, die eine Ausweitung des obersten humanitären Grundsatzes auf andere Bereiche befürworten. Die Klimakrise erfordert die Anerkennung, dass alles Leben auf dem Planeten, also auch nicht-menschliches

Leben, für das Überleben der Erde von entscheidender Bedeutung ist. Klimaforscher Johan Rockström betont, dass die Welt nicht nur eine Klimakrise, sondern eine planetare Krise durchlebt. Das Konzept der „planetaren Gesundheit“ ist einer der daraus bereits erfolgten Schlüsse. Investitionen in den Erhalt von Ökosystemen sind der Schlüssel auch zur Wahrung des Grundsatzes der Menschlichkeit.

Unparteilichkeit

Unparteilichkeit ist ein technisches Prinzip, das die Verteilung knapper Ressourcen nach dem Maß der größten Not regeln soll. Der prognostizierte steigende Bedarf infolge der Klimakrise bringt den humanitären Grundsatz der Unparteilichkeit weiter in Bedrängnis. Es fehlen an den Klimawandel angepasste Kategorisierungen, um Entscheidungen zu erleichtern. Eine „Quantifizierung der Bedürftigkeit“ (Glasman 2020) für klimabedingte Notfälle, analog zur Klassifizierung der Ernährungssicherheit (*Integrated Food Security Phase Classification, IPC*) in Fällen der Unterernährung, könnte eine Möglichkeit sein, das humanitäre Grundprinzip der Unparteilichkeit zu wahren.

Neutralität

Der Verzicht auf Parteinahme in politischen oder ideologischen Kontroversen ist die Hauptforderung des Neutralitätsprinzips. Die Frage der Klimagerechtigkeit kann als solche Kontroverse verstanden werden, weil sie eine dezidiert politische Haltung einfordert. Die wissenschaftliche Beweislage ist aber eindeutig: Diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, müssen den höchsten Preis zahlen, in Form des

Winterdürre in der afghanischen Provinz Ghor (2018): Existenzbedrohende Trockenphasen treten inzwischen auch an Orten auf, wo man sie nicht vermutet.



Verlusts von Ressourcen, Leben und einer lebenswerten Zukunft. Viele Akteur_innen, auch humanitäre, wissen um diesen Fakt und ringen um ihre Position dazu.

Betroffene Staaten fordern in diesem Sinne Kompensation für Schäden und Verluste. Als Konsequenz daraus wurde bei der Weltklimakonferenz in Ägypten 2022 die Einrichtung eines Fonds für *Loss and Damage* (siehe den Beitrag auf S. 24) beschlossen. Damit dieser Fonds über technischen Austausch hinaus zu einem Mechanismus heranwächst, der einer gerechten Kostenverteilung nahekommt und mit Klimagerechtigkeit in Einklang steht, könnten humanitäre Akteur_innen künftig auf der Grundlage ihrer Expertise eine proaktivere Rolle in diesen Diskussionen spielen.

Unabhängigkeit

Einige der größten Geberländer von humanitärer Hilfe sind auch die größten Verursacher von Treibhausgasemissionen. Beispiel Deutschland: Die größte Volkswirtschaft der EU ist einerseits die zweitgrößte humanitäre Geberin weltweit. Andererseits ist Deutschland für die meisten Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich, sowohl bei historisch kumulierter, bei jährlicher als auch bei einer Pro-Kopf-Betrachtung. Ohne verbindliche Zusagen, Emissionen deutlich reduzieren zu wollen, können Investitionen in die Abfederung der Klimakrise in anderen Ländern als moderne Form des Ablasshandels – mit Hilfe internationaler NGOs – interpretiert werden.

Die humanitäre Hilfe der Zukunft

Um den Herausforderungen der Klimakrise begegnen zu können, braucht der humanitäre Sektor mehr als Reformen und die Verringerung seiner Emissionen. Es bedarf eines tiefgreifenden institutionellen Wandels. Die Klimakrise gibt Anlass, humanitäre Grundprinzipien auf ihre Angemessenheit und Konsistenz in Zeiten der „neuen Normalität“ von Krisen neu zu bewerten.

Neue Allianzen innerhalb des Sektors und mit anderen Bereichen sind wichtig. Gemeinsame Anstrengungen und Selbstverpflichtungen zur Emissionsreduzierung sind ein weiterer Teil des Puzzles. Die Lokalisierung gehört nicht nur zur ökologischen Gestaltung der Nothilfe, sondern



© Caritas Bangladesch

auch zu Fragen von Machtverteilung. Gleichzeitig müssen betroffene Gemeinschaften mit Fachwissen und finanziellen Mitteln unterstützt werden.

Konsequent wäre, notwendige strukturelle Veränderungen jetzt anzugehen. Angesichts der Klimakrise bedeutet die zeitliche Dimension humanitärer Hilfe, Verantwortung für die Vergangenheit und die Gegenwart zu übernehmen, um neue Zukünfte zu schaffen.

Die Ausweitung des zeitlichen Rahmens über alltägliche operationelle Praktiken hinaus auf längerfristige Prinzipien- und Mandatsfragen könnte helfen, den humanitären Sektor aus seiner Gegenwartsfixiertheit zu befreien. Die zu Beginn skizzierten Grundsätze *Futuring-up*, *Skilling-up* und *Scaling-up* werden dabei die zentralen Paradigmen zukünftiger humanitärer Praxis in einem vom Klimawandel stark betroffenen planetaren System sein.

Tropensturm „Amphan“ führte im Mai 2022 in Bangladesch zu schweren Überschwemmungen. Dank der Frühwarnsysteme von Caritas Bangladesch konnten sich viele Menschen rechtzeitig in Sicherheit bringen.



DR. ANDREA STEINKE

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for Humanitarian Action (CHA) in Berlin, einem Think Tank zu Grundsatzfragen der humanitären Hilfe.

Cathrine Brun 2016: „There is no Future in Humanitarianism: Emergency, Temporality and Protracted Displacement“. *History and Anthropology* 27 (4): 393–410.
Joël Glasman 2020: *Humanitarianism and the Quantification of Human Needs: Minimal Humanity*. London.

Wie sollte erfolgreiche humanitäre Hilfe in Zeiten der Klimakrise aussehen? Wie muss sich die humanitäre Hilfe umstrukturieren, und wo liegen die Grenzen des Machbaren? Und warum sind lokale Ansätze so wichtig? Diese Fragen diskutierten im Gespräch mit Stefanie Santo und Christian Stock:



REGINA KALTENBACH

Projektreferentin für Libanon und Syrien



KILIAN LINDER

Referent für Bolivien, Chile, Peru und Kuba



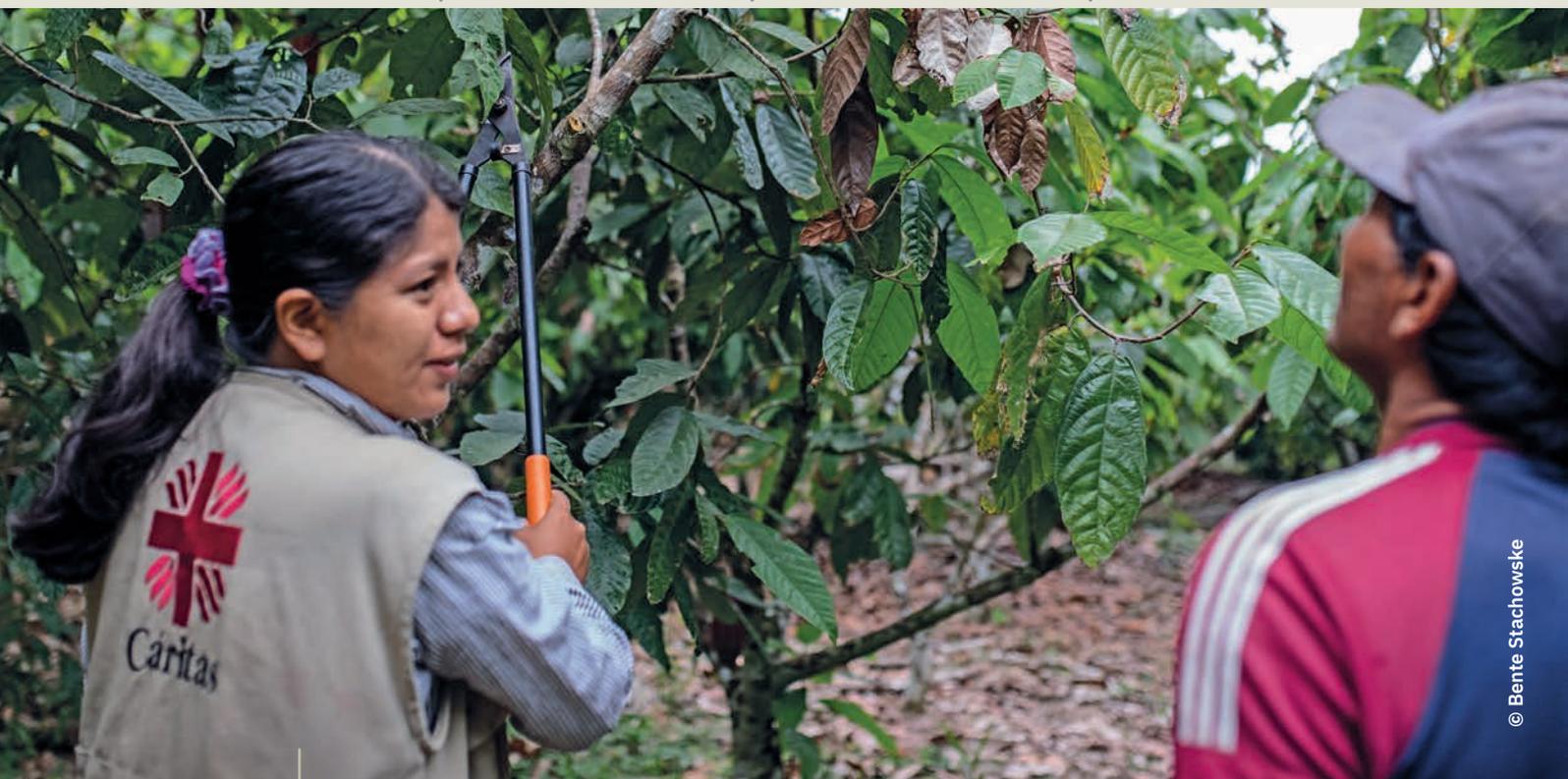
LUKAS MÜLLER

Referent für Äthiopien, Eritrea und Sierra Leone



CHRISTINE WEGNER-SCHNEIDER

Projektreferentin für Vietnam und Kambodscha



© Bente Stachowske

Gelungene Kombination aus Anpassung an den Klimawandel und Vermeidung von Emissionen: Im peruanischen Amazonasgebiet schult die örtliche Caritas die indigene Bevölkerung im ressourcenschonenden Waldlandbau.

„Klima wird immer **mitgedacht**“

Gespräch mit Projektverantwortlichen von Caritas international über humanitäre Hilfe in Zeiten der Klimakrise

Wann haben Sie bei Ihrer Projektarbeit die Klimakrise und ihre Folgen zum ersten Mal bewusst wahrgenommen?

KALTENBACH: 2017 hatten wir mit unserer Partnerorganisation im Libanon Gemeinschaftsgärten eingerichtet, um die Ernährungssicherheit der Bevölkerung zu erhöhen. Wir gingen davon aus, dass sie mit den regional üblichen Regenfällen gut

bewirtschaftet werden können, aber weit gefehlt! In den Folgejahren regnete es kaum, und wir konnten die Ernte nur mit teuren Wasserlieferungen retten.

WEGNER-SCHNEIDER: Es muss um 2010 herum gewesen sein, als wir es in Vietnam innerhalb eines Jahres mit mehreren Taifunen zu tun bekamen. Einige von ihnen richteten massive Schäden an. Seit-

dem beobachte ich, wie Extremwetterereignisse in ihrer Häufigkeit und vor allem in ihrer Intensität stetig zunehmen und zu starken Zerstörungen und heftigen Überschwemmungen führen.

Caritas international ist mit ihren Partnerorganisationen in vielen Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt aktiv. Ist die Klimakrise dort für die Menschen überhaupt ein Thema?

LINDER: In Lateinamerika auf jeden Fall. 2016 hat Papst Franziskus die Umweltenzyklika „Laudato Si“ veröffentlicht – zumindest für katholische Hilfswerke ein Weckruf, humanitäre und ökologische Themen stärker zusammenzudenken. Einige Monate zuvor hatten wir eine Umfrage unter unseren lateinamerikanischen Partnerorganisationen gemacht mit der offenen Frage: Was sind Eure wichtigsten Themen? Um es kurz zu machen: Unsere Kolleg_innen haben all das vorweggenommen, was der Papst später gefordert hat. Und sie hatten eine klare Bitte an uns: Caritas international als Geberorganisation möge die Förderpolitik so weiterentwickeln, dass soziale und ökologische Themen besser miteinander verknüpft werden können.

KALTENBACH: Bei unseren Partnerorganisationen im Nahen Osten sieht das anders aus, obwohl der Wassermangel ein riesiges Problem darstellt. Hier dominieren andere Katastrophen: Krieg, Terror, Flucht und Vertreibung. Die Projektarbeit und unsere Partner bewegen sich seit Jahren an der Grenze der Belastbarkeit. Es fehlen schlichtweg die Ressourcen, um sich dem Klimathema zu widmen.

Die Fachwelt unterscheidet zwischen Klimaanpassung (Adaptation) und der Reduktion von Emissionen (Mitigation). Wo legen Caritas international und ihre Partner den Schwerpunkt?

MÜLLER: In unseren Nothilfeprojekten im afrikanischen Kontext wird „Klima“ immer mitgedacht – unsere Partnerorganisationen kommen aktiv auf uns zu. Wir setzen beispielsweise standardmäßig Energiesparöfen ein, weil sie ressourcenschonend sind und Abholzung auf dem afrikanischen Kontinent ein Riesenproblem ist. In unseren Partnerbüros beispielsweise in Nigeria, Kenia und Kamerun sind wir bei der Stromversorgung von Dieselge-

neratoren auf Solaranlagen umgestiegen. In allen größeren Projekten betreiben wir auch Wiederaufforstung, oft kombiniert mit „Cash for Work“ oder Waldlandbau.

WEGNER-SCHNEIDER: Im asiatischen Kontext sind wir mit unseren Partnern seit 2013 dabei, Klimawandelanpassung zu betreiben. Wir setzen dabei vor allem auf Katastrophenprävention. In Kambodscha etwa haben wir für die kleinbäuerliche Landbevölkerung Häuser gebaut, die Überschwemmungen standhalten, Evakuierungsorte für Mensch und Tier angelegt, Rettungsboote beschafft und das Wassermanagement verbessert. Gleichzeitig haben wir Solarpaneele und Kleinwindräder für den Haushaltsstrom angeschafft, aufgeforstet, biologische Kompostierverfahren eingeführt, also in Vermeidung von Emissionen (Mitigation) investiert. Wir denken beides zusammen.

LINDER: Letztlich sind das einfache, aber etablierte Konzepte, die der Bevölkerung helfen sich anzupassen und zugleich ihren lokalen Beitrag zur Vermeidung leisten.

Das heißt, humanitäre Hilfe darf sich von dem Anspruch lösen, klimaschonend sein zu müssen?

MÜLLER: Ich sehe Emissionsvermeidung nicht als Aufgabe unserer Partnerorganisationen. Natürlich ist es wichtig, Umweltsünden in der Projektarbeit zu vermeiden. Aber das hat Grenzen.

„Bei einer Nahrungsmittelverteilung in der DR Kongo kann Klimaneutralität nicht unser Maßstab sein.“

Wir können damit die CO₂-Bilanz ohnehin nicht maßgeblich verbessern und setzen am falschen Ende an.

KALTENBACH: Da stimme ich zu. Klimagerechtigkeit fängt bei uns an, hier in Deutschland. Als Caritas international halten wir mittlerweile viele internationale Treffen, Konferenzen und Workshops digital ab, reduzieren die Anzahl unserer Flüge. Und wenn wir fliegen, leisten wir eine Kompensationszahlung über die Klimakollekte.

WEGNER-SCHNEIDER: Trotzdem können viele Tropfen auf den sprichwörtlichen heißen Stein



Greening Humanitarian Aid: Die Nutzung von Sonnenenergie trägt in zahlreichen von Caritas international unterstützten Projekten zur Vermeidung von Emissionen bei. Die Installation von Solaranlagen ist zudem meist unaufwendiger und kostengünstiger als das Verlegen von Stromleitungen oder der Betrieb von Dieselgeneratoren.

© Eritrean Catholic Secretariat, Immanuel Chayan Biswas, Hannes Stegemann, Philipp Spalek

sehr wohl etwas bewirken. Es geht schließlich auch um Sensibilisierung und die Übernahme von Verantwortung für eine gesunde Erde. Davon können wir niemand entbinden – uns nicht, aber auch nicht unsere Partner.

Die Klimakrise vertieft die Not. Wie muss sich die humanitäre Hilfe aufstellen, um dieser Herausforderung gewachsen zu sein?

LINDER: Als humanitäre Organisationen sind wir in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen und haben unser Handeln professionalisiert. Trotzdem kann – wie die Zahlen der UN zeigen – bereits heute der humanitäre Bedarf nur zu 40 Prozent gedeckt werden. Humanitäre Hilfe ist also kein Allheilmittel. Mit Blick auf die Klimakrise wird es notwendig sein, sich wieder stärker an Zivilschutzbehörden oder Kommunen rückzubinden, etwa bei der Einrichtung von Frühwarnsystemen für Tropenstürme.

„Die Zeit der Blaulicht-Organisationen, die lediglich auf Notfälle reagieren, ist vorbei.“

Wir müssen aktiv werden, bevor sich die Katastrophen ereignen und massiv in Vorsorge investieren.

KALTENBACH: Um so einen strukturellen Wandel stemmen zu können, braucht es präzise Staaten mit funktionsfähigen Ministerien. Das ist in vielen Ländern, in denen wir arbeiten, einfach nicht der Fall. Mit diesem Anspruch überfrachtet man auch

unser Arbeitsfeld. Humanitäre Hilfe ist, bildlich gesprochen, eine Art Schmerzmittel. Es bekämpft Symptome, nicht aber die Ursache. Wir helfen Menschen in Extremsituationen beim Überleben – in Konfliktgebieten, nach Naturkatastrophen, in chronischen Krisen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Der strukturelle Wandel muss an anderer Stelle geschehen: in den Kommunen, durch die Regierungen und die Big Player der Wirtschaft.

Ist Lokalisierung – die Verschiebung von Kompetenzen aller Art auf die lokale Ebene – auch ein Schlüssel in Hinblick auf die Klimakrise?

MÜLLER: Ja. Ein Problem der Debatte über die Klimakrise ist, dass sie extrem elitär geführt wird, zwischen Staaten, UN-Organisationen und allenfalls noch internationalen NGOs. Unsere lokalen Partner kommen schlichtweg nicht vor. Sie sind weder auf internationalen Konferenzen vertreten, noch stehen sie in direktem Austausch mit Wissenschaftlern, Think Tanks oder relevanten Geldgebern wie der Weltbank. Wenn unsere Partner schließlich über viele westliche Institutionen hinweg Geld erhalten, ist meist klar definiert, welches Klimarisiko angegangen werden soll, welche Anpassungsmaßnahmen es zu wählen gilt und wie hoch das verfügbare Budget ist. Raum für lokale Lösungen und Ideen gibt es dabei kaum. Das ist tragisch, gerade weil Klimarisiken regional stark variieren können und die Expertise dafür oft ausschließlich bei den Menschen vor Ort liegt.

LINDER: Es geht auch darum, dass unsere Partner im Katastrophenfall nicht mehr auf die Finanzierungszusagen internationaler Geldgeber warten müssen, sondern selbstständig aktiv werden können. Caritas Peru etwa beraten wir seit längerem hinsichtlich eigener Fundraisingaktivitäten und der Anlage eines eigenen Katastrophenvorsorgefonds. Aktuell läuft dort die erste landesweite Spendenkampagne!

Sähen Klimaprojekte anders aus, wenn lokale Partner durchgängig stärker in die Konzeption eingebunden wären?

MÜLLER: Nehmen wir die anfangs erwähnten Energiesparöfen: Was in der internationalen humanitären Hilfe oft vorgeschlagen wird, sind Gaskocher und Solarkochstellen. Das klingt schlüssig und fortschrittlich – ist aber fast immer technologisch zu anspruchsvoll, um flächendeckend umgesetzt werden zu können. Zum einen, weil bei den Menschen vor Ort das technische Know-how fehlt, zum anderen, weil sie kein Geld für Betrieb und Reparaturen haben. Unsere Partner greifen deshalb auf Öfen zurück, die weniger Holz brauchen oder mit Kohle betrieben werden können. Das ist keine Revolution, aber dank verbesserter Brennwerte schonender für den Baumbestand. Dass unsere Partner diese Sicht in internationale Foren einbringen, ist derzeit undenkbar.

Gibt es weitere Möglichkeiten, die Handlungsfähigkeit der Partner zu erhöhen?

WEGNER-SCHNEIDER: Der Süd-Süd-Austausch birgt ein riesiges Potenzial, das wir noch viel mehr ausschöpfen können. Als internationale Hilfsorganisation können wir unsere Partner aus verschiedenen Ländern zusammenbringen, die oft vor ähnlichen Herausforderungen stehen und voneinander lernen und sich gegenseitig entwickeln können.

LINDER: Ein gutes Beispiel von Süd-Süd-Kooperation haben wir in puncto Waldbränden, die ja aufgrund der Klimakrise massiv zunehmen werden. Unser Partner Caritas Chile hat bereits einen Präventionsansatz entwickelt, der Frühwarnungen via Radio und Wasserrückhaltesysteme zum Löschen miteinschließt. Ihr Modell haben die Kolleg_innen im Rahmen einer Online-Veranstaltung mit mehr als 70 Teilnehmenden aus dem internationalen Caritas-Netzwerk vorgestellt. Dazu haben sie auch einen Vertreter der lokalen Gemeinde eingeladen, der über die Lage vor Ort berichten konnte.

Was fordern Sie von Seiten der Politik?

MÜLLER: Wir brauchen eine Förderpolitik, die nicht nur kurzfristige Bedarfe deckt, sondern auch langfristig denkt. Das ist teilweise ganz niederschwellig möglich, etwa indem Gesundheitszentren mit Solaranlagen ausgestattet werden, anstatt sie weiterhin über Dieselgeneratoren zu betreiben. In der Vergangenheit wurden solche Anträge mitunter abgelehnt. Außerdem braucht es etablierte Foren, in denen lokale Organisationen und Menschen vor Ort zu Wort kommen und ihre Expertise geschätzt wird.



Humanitäre Hilfe in der Klimakrise

Als humanitäres Hilfswerk können wir die Klimakrise leider nicht stoppen. Aber gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen weltweit können wir einiges tun, um die katastrophalen Folgen für die Menschen in armen Ländern abzumildern.

ÜBERLEBEN SICHERN

Im akuten Katastrophenfall helfen wir mit einer Vielzahl von Aktivitäten **das Überleben der Menschen zu sichern**



**TRINKWASSER,
NAHRUNGSMITTEL
& BARGELD**

**HELFFEN, AKUTE NOTLAGEN
ZU ÜBERBRÜCKEN**



IMPFUNGEN

**SCHÜTZEN
GESCHWÄCHTE
NUTZTIERE VOR
INFEKTIONEN**

**Psychosoziale
Unterstützung** hilft
Menschen, auch in
Extremsituationen
handlungsfähig zu bleiben



Notunterkünfte bieten
nach Katastrophen **ein Dach
über dem Kopf**

ANPASSEN

Wir unterstützen Menschen auf vielfältige Weise, **sich an die veränderten Klimabedingungen anzupassen**

Einkommensalternativen
zu stark von der Klimakrise betroffenen Arbeitsfeldern



FRÜHWARNSYSTEME & SCHUTZGEBÄUDE

verbessern die Überlebenschancen bei Naturkatastrophen



UMSIEDLUNG

VON MENSCHEN AUS ZUNEHMEND UNBEWOHNBAREN REGIONEN

WASSER-SPEICHERUNGSSYSTEME



halten Wasser länger verfügbar



BEWÄSSERUNGSSYSTEME

sorgen für effiziente Nutzung von Wasser in der Landwirtschaft

Angepasster Wiederaufbau

lässt Häuser **Katastrophen** besser **standhalten**



NEUE BRUNNEN

SORGEN FÜR AUSREICHEND TRINKWASSER

Getreidespeicher schützen Vorräte



Trockenheits-resistentes Saatgut



sichert die Ernte auch in Dürrezeiten

MINDERN

Wir setzen verstärkt auf **klimaschonende Wege der Hilfe**

Saatgutbanken & heimische Pflanzensorten



machen unabhängig von **Agrarkonzernen** und sichern die Ernte



WALDLANDBAU

SICHERT DURCH PFLANZENVIELFALT DAS EINKOMMEN UND BINDET CO₂



Lobbyarbeit

verhilft von der Klimakrise betroffenen **Menschen** zu ihrem **Recht**



ENERGIESPARÖFEN produzieren weniger klimaschädliche Gase

PHOTOVOLTAIK- & SOLARTHERMIEANLAGEN

erhöhen den Lebensstandard, **ohne** der **Umwelt zu schaden**



Fünf Regenzeiten **ohne Niederschläge**

Interview mit Isacko Jirma Molu, Leiter der Caritas Marsabit, über die Klimakrise im Norden Kenias

Die Dürre, die Nordkenia in den letzten Jahren erlebt hat, ist beispiellos. Was sind die Folgen?

ISACKO JIRMA MOLU: Selbst Menschen, die seit mehr als 70 Jahren in Marsabit leben, haben bisher noch nie eine so lange Dürre erlebt. Zweieinhalb Jahre lang hat es nicht geregnet. Die Dürre hinterlässt eine verarmte, ausgezehnte Bevölkerung, die mit ihren Tieren auch ihre Lebensgrundlage verloren hat.

Die Bevölkerung in Marsabit besteht mehrheitlich aus nomadischen Viehhirten, deren Lebensweise an extreme Trockenheit angepasst ist. Weshalb sind die Auswirkungen der Dürre trotzdem verheerend?

MOLU: Bislang sind die Viehhirten mit ihren Herden dort hingezogen, wo es gerade geregnet hat und Gras wächst. Bleibt der Regen aber in der ganzen Region aus, wie es jetzt über zwei Jahre der Fall war, gibt es nirgends mehr Gras. Die Tiere verhungern oder verdursten. Und damit verlieren die Hirten ihre gesamte Lebensgrundlage. Denn es fehlen nicht nur Fleisch und Milch, sondern auch das Geld, das sie durch den Verkauf der Tiere verdienen. Sie können ihre Kinder nicht mehr in die Schule schicken, keine Kleidung oder Nahrungsmittel kaufen.

Die Zahl der Menschen, die nicht genug zu essen haben, hat wieder stark zugenommen.

Welche Rolle spielt dabei der Klimawandel?

MOLU: Eine ganz entscheidende. Früher gab es temporäre Trockenheit oder länger anhaltende Trockenperioden mit nur schwachen Regenfällen. Aber eine so lang andauernde totale Dürre wie die, die wir gerade erlebt haben, ist klar auf den Klimawandel zurückzuführen.

Was kann die Caritas tun, um eine weitere Schwächung der Bevölkerung zu verhindern?

MOLU: Zum einen leistet die Caritas Nothilfen, bei denen durch Lebensmittelpakete und Wasserdistributionen akut Leben gerettet werden. Gleichzeitig versuchen wir mit unseren Partnern, durch den Bau von Brunnen und Wasserauffangbecken die Wasserversorgung langfristig zu verbessern. Wir sind nicht für einen radikalen Wechsel von einer Einkommensart zu einer anderen. Die Viehwirtschaft hat sich in dieser schwierigen Region über Jahrzehnte als widerstandsfähige Lebensgrundlage erwiesen. Allerdings gerät sie mit dem



Verzweifelte Bewohner in der Nähe des Dorfes Gas versuchen, ein Kamel wieder auf die Beine zu bringen (Foto links). Hoffnungsvoll: Wasseringenieurin Amina Isako von der Caritas-Partnerorganisation PACIDA setzt sich dafür ein, dass die Menschen in Nordkenia Zugang zu Wasser bekommen (Foto Mitte). Im dürregeplagten Dorf Gas unterstützt Caritas Marsabit Speisungen in einer Schule, damit die Kinder nicht Hunger leiden (Foto rechts). © Sebastian Haury

Klimawandel enorm unter Druck. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Politik sich mehr um die Hirtengemeinschaften kümmert und sie dabei unterstützt, die Klimawandelfolgen zu bewältigen.

Eine aktuelle Studie zeigt, wie die Politik dafür mitverantwortlich ist, dass Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen eskalieren.

MOLU: Es gab schon in der Vergangenheit Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Marsabit. Allerdings haben diese Auseinandersetzungen in den zurückliegenden drei Jahren zugenommen und sind vorübergehend sogar dramatisch eskaliert, mit etlichen Toten. Das Friedens- und Konfliktforschungsinstitut Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) hat deshalb im Auftrag von Caritas international zusammen mit den lokalen Hilfsorganisationen Caritas Marsabit und PACIDA untersucht, inwiefern diese Konflikte eine Folge der anhaltenden Dürre sind.

Mit welchem Ergebnis?

MOLU: Dass eine längere Dürre nicht automatisch zu mehr Konflikten führt. Bisher dachte ich, je angespannter die Situation durch eine Dürre ist, desto mehr stehen die Menschen unter Druck. Aber die Studie hat genau gezeigt, dass die dahinterliegende Dynamik viel komplexer ist und auch die politische Dimension eine große Rolle spielt. Wir haben in Kenia seit 2010 eine neue Verfassung, die zu einer größeren Dezentralisierung geführt hat. Es gibt jetzt kleinere Bezirksregierungen, die um Macht und wirtschaftliche Kontrolle miteinander konkurrieren. Die Studie hat gezeigt, dass Ernährungssicherheit in Marsabit durch beides gleichermaßen beeinflusst wird: Durch die Dürre, aber auch die politische Konfliktsituation, in der regionale politische Eliten unterschiedlicher ethnischer Herkunft die Gemeinschaften gegeneinander aufhetzen, um ihre Macht aufrechtzuerhalten.

Für unsere Arbeit bedeutet das: Neben Dürreprävention und Projekten zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels muss der Fokus unserer Arbeit darauf liegen, diese Konflikte von vorneherein zu verhindern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Politik ein kooperierendes Klima fördert.

Weltweit steigt die Zahl der hungernden Menschen wieder an. Allein in der Region Marsabit im Norden Kenias sind derzeit 206.000 Menschen auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen. In dieser Gegend herrscht seit jeher Wüstenklima. Die nomadische Viehwirtschaft, die 80 Prozent der Bevölkerung betreiben, galt bisher als eine an diese extremen Bedingungen bestmöglich angepasste Wirtschaftsweise. Mit den Klimaveränderungen gerät aber selbst diese Lebensform unter Druck.

Im Gespräch erläutert **Isacko Jirma Molu**, Leiter der Caritas Marsabit, was das für die Menschen bedeutet und wie angemessen Hilfe geleistet werden kann.



Wie versuchen Sie das zu erreichen?

MOLU: Wir verbinden einen sogenannten „Bottom up“-Frieden mit Unterstützungsprogrammen zum Lebensunterhalt. Bottom up, also von unten nach oben, weil wir mit den Viehhirten direkt Lösungen erarbeiten wollen, wie Ressourcen, zum Beispiel Wasser und Weideflächen, von verschiedenen Gruppen genutzt werden können. Und diese Vorschläge tragen wir nach oben, an die lokale Führung, an den Chef der Region, an lokale Politiker. Dafür planen wir Hirtencamps, bei denen sich Menschen aus verschiedenen Gemeinschaften begegnen und austauschen können. So sorgen wir für ein Klima der gegenseitigen Kooperation und Unterstützung. In einigen Schulen führen wir Friedensforen durch, bei denen Kinder und Jugendliche verschiedener ethnischer Gruppen ins Gespräch kommen.

Das Interview führte Andrea Edler.

Link zu der im Interview erwähnten Studie über Dürre & Konflikt:

www.caritas-international.news/studiekenia



Hier geht es zur Kampagne „Jeder Tropfen zählt“:

www.caritas-international.de/duerre-ostafrika



Gemeinsam gegen Fluten gewappnet

Wie Frühwarnsysteme in Indien den Ärmsten der Armen helfen

Einige Bundesstaaten Indiens sind besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Insbesondere in Bihar im Nordosten des Landes führen immer intensivere Monsun-Regenfälle zu verheerenden Überschwemmungen. Die Caritas setzt unter anderem auf Schulungen und Frühwarnsysteme für die Bevölkerung, um sie auf Notfälle vorzubereiten.



© Caritas India

In einigen Dörfern errichteten die Mitglieder einer Task Force Messsäulen, um die Wasserstände regelmäßig zu dokumentieren.

Der Kosi-Fluss, der seinen Ursprung in den Himalaya-Bergen Nepals hat, wird auch als „River of Sorrow“ (Fluss des Kummers) bezeichnet. Im Nordosten Indiens strömt er durch enge Schluchten, doch wenn er die Ganges-Tiefebene im Bundesstaat Bihar erreicht, verlangsamt er sich und bildet ein weitläufiges Netzwerk aus kleineren Flüssen. In diesen zahlreichen Verzweigungen setzt sich mitgeführter Schlamm ab. Bei den immer heftigeren Regenfällen während des Sommermonsuns führen diese Wasserschlammmassen regelmäßig zu schweren Überschwemmungen ganzer Täler und Landstriche in Bihar.

Ganze Region von Überschwemmungen bedroht Bihar gilt ohnehin als eine der verwundbarsten Regionen in Indien. Der am dichtesten besiedelte Bundesstaat des Landes wird von 110 Millionen Menschen bewohnt, ein Drittel der Haushalte lebt

hier unterhalb der Armutsgrenze. Über zwei Drittel der Landfläche sind von Überschwemmungen gefährdet. 2008 ereignete sich in der Region eine Flutkatastrophe, die zur nationalen Notlage wurde. Dabei gab es hunderte Tote und Verletzte, rund eine Million Menschen wurden obdachlos. Unzählige Bauern und Bäuerinnen konnten ihr Land nicht mehr bewirtschaften. Dieses Ereignis hat sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt. „Während der Monsunzeit bangen die Menschen vor Ort mit jedem Tropfen Regenwasser um ihr Hab und Gut“, berichtet Jaison Varghese vom Global Programm Indien der Caritas.

Der Klimawandel verschärfe die Situation noch: „Die Menschen sind zwar hier vom Monsun-Regen abhängig. In den vergangenen Jahren kam es jedoch immer häufiger zu unvorhergesehenen heftigen Wetterereignissen“, so Varghese, der das

Programm leitet. Das Global Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Deutschen Caritasverbandes in Kooperation mit Caritas India setzt sich deshalb in den vier verwundbaren indischen Bundesstaaten Assam, Odisha, Westbengalen und Bihar unter anderem dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu Frühwarnsystemen bekommen und über Risiko-Management aufgeklärt werden.

Ein zentraler Aspekt des Programms besteht darin, dass der Staat aufgefordert wird, seine Vorsorgepflicht zu erfüllen. Wichtig ist dazu die Zusammenarbeit mit lokalen, bundesstaatlichen und nationalen Regierungsbehörden. Gemeinsam mit den Betroffenen werden Pläne für Katastrophenmanagement entwickelt, die den Regierungen als Grundlage für Investitionen in Infrastruktur dienen. Zusätzlich finden Schulungen für Regierungsbeauftragte im Katastrophenmanagement statt. Andere Aktivitäten des Programms wie die hier beschriebenen richten sich auf Interventionen auf der Mikroebene.

Frühwarnsystem mit Handy-Kommunikation

2023 wurde in zwei Dorfgemeinschaften, Dholi und Sanpatha, jeweils eine Task Force für Katastrophenschutz ins Leben gerufen. Die Mitglieder errichteten zehn Meter hohe Messsäulen an zwei Stellen am Ufer des Kosi-Flusses und brachten daran weiße, gelbe und rote Flaggen an. Auf diese Weise informieren sie die Nachbarn regelmäßig über den aktuellen Wasserstand. Dies geschieht zudem über eine gemeinsame WhatsApp-Gruppe, in der auch Abflussmesswerte des Kosi-Flusses von der hydrologischen Station in Nepal ausgetauscht werden.

Das Team der Task Force analysiert alle Daten und sendet auf deren Basis Frühwarnmeldungen per Handy, Lautsprecher und Sirenen an die Gemeindeglieder. Dank dieser Maßnahmen konnte bereits bei einer drohenden Überschwemmung frühzeitig Wasser aus der Kosi-Talsperre abgelassen werden und Einwohner_innen aus 40 Dörfern wurden evakuiert. Niemand kam zu Schaden.

„Katastrophengerechtigkeit“ für alle

„Mit jeder gehissten Flagge und jeder gesendeten Botschaft gestalten wir die Widerstandsfähigkeit



© Muzaffarpur Diocesan Social Service Society

in unseren Gemeinden neu. Wir nutzen unser gemeinsames Wissen und wollen solidarisch handeln“, erklärt Jaison Varghese. Er bezeichnet dies als „Katastrophengerechtigkeit“ – und meint damit das Recht auf angemessenen Schutz, auf Klimaanpassung und effektives Risikomanagement für alle Bevölkerungsgruppen unabhängig von Geschlecht, Religion oder Kaste. Denn Diskriminierung innerhalb der Gesellschaft spiele nach wie vor eine bedeutende Rolle, betont er.

Um auch die Menschen in den entlegensten Gebieten entlang des Kosi-Flusses zu erreichen, die von staatlichen Schutzmaßnahmen abgeschnitten sind, haben Mitglieder der Task Force eine Sensibilisierungskampagne begonnen. Ein Boot, ausgestattet mit Postern und Lautsprechern, steuerte innerhalb von fünf Tagen insgesamt zwanzig Dörfer in der Region an. Das Team informierte die Menschen mittels Durchsagen und verteilte Flyer über Hochwasserschutz, Verhalten bei Gewittern und die sichere Nutzung von Booten.

Jaison Varghese begründet dieses Vorgehen so: „Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass niemand in eine Abwärtsspirale aus Armut und Verletzlichkeit gerät. Wir möchten alle mitnehmen, um gut vorbereitet zu sein. Wir arbeiten hier vor Ort eng mit der Zivilgesellschaft zusammen.“

Ein Boot, das mittels Plakaten und Lautsprechern über die Gefahren durch Hochwasser aufklärt, fuhr in die entlegensten Gebiete am Kosi-Fluss.



VERENA SCHMIDT

ist freie Mitarbeiterin in der Öffentlichkeitsarbeit von Caritas international.



Bislang musste Familie Datyan ihr Haus nahe Gyumri mit Kuhdung heizen. Mit der Solarthermieanlage von Caritas Armenien ist das Leben für sie sehr viel einfacher geworden.

Neue Energie in alten Häusern

In Armenien verbindet ein Caritas-Projekt Klimaschutz mit Armutsbekämpfung

Im Norden Armeniens haben die Menschen kaum Möglichkeiten, ihre Häuser zu heizen oder zu kochen. Meistens müssen die Menschen Kuhdung verbrennen. Dass arme Familien inzwischen klimaneutral und kostengünstig warmes Wasser und Strom produzieren können, dazu tragen die Projekte von Caritas Armenien maßgeblich bei.

Die Shirak-Region im Nordosten Armeniens ist im Winter braunes Land. Die Bäume sind schon vor langer Zeit abgeholzt worden. Rinder fressen die Weiden weiter ab. Viehwirtschaft ist die wichtigste Form der Landwirtschaft hier in der kargen Umgebung. Andere Arbeitsmöglichkeiten gibt es kaum. Viele der jüngeren Menschen haben die Gegend deshalb längst verlassen und sind zum Arbeiten fortgezogen, die meisten nach Russland. „Jedes zweite Haus hier steht leer“, sagt Armen Martyrosyan von der Caritas Armenien. „Die Menschen sind arm.“

Überleben in einem kargen Umfeld

Diejenigen, die bleiben, arbeiten oft als Tagelöhner_innen auf den Feldern der etwas wohlhabenderen Bauern oder hüten deren Rinder. Und sie versu-

chen, dem wenig fruchtbaren Land etwas Nahrung abzurufen. Der Anbau von Getreide und Kartoffeln für den Eigenbedarf reicht gerade zum Überleben. Um ihre oft alten, zugigen Häuser aus Naturstein zu heizen, um zu kochen, Brot zu backen und Wasser zu erhitzen, nutzen die meisten Menschen hier einen Holzofen. Aber es gibt kaum Feuerholz zum Sammeln, und es zu kaufen, können sich die meisten nicht leisten.

Deswegen verfeuern viele Bewohner_innen des armenischen Nordens Kuhdung. Doch selbst den müssen sie kaufen. Um über den Winter zu kommen, muss eine siebenköpfige Familie für umgerechnet 750 Euro Kuhdung kaufen, größeren Familien müssen bis zu 1.200 Euro aufwenden. Das ist für viele Familien schwer zu leisten, beträgt eine solche

Summe doch für bedürftige Haushalte mehr als 20 Prozent des Jahreseinkommens. Zudem macht der Rauch krank und produziert viel CO₂.

Sonnenergie für ein besseres Leben

So karg die Natur auch ist, so gibt es doch eines im Überfluss: Sonnenlicht. „Wir haben hier ungefähr 300 Sonnentage im Jahr“, berichtet Armen Martyrosyan. Tatsächlich weist Armenien einen durchschnittlichen jährlichen Solarenergiefluss von rund 1.720 kWh/m² auf und liegt damit weit über dem europäischen Durchschnitt von 1.000 kWh/m². „Die Sonnenenergie nutzen wir dank Caritas international und des deutschen Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum Wohl der Familien hier und zum Vorteil des Klimas“, erklärt Armen Martyrosyan. In 340 Haushalten hat die Caritas Armenien Solarthermie- oder Photovoltaikanlagen installiert. Damit kann die Sonnenenergie Wasser erhitzen oder Strom produzieren, den die Familien sonst ebenfalls für viel Geld einkaufen müssten.

Die Familien nutzen das Wasser zum Kochen und Waschen und müssen um ein Vielfaches weniger an Kuhdung verheizen. Zusätzlich schult die Caritas Armenien die Familien darin, effizienter mit der Wärme umzugehen und unterstützt sie dabei, die Häuser so abzudichten, dass weniger Wärme verlorengeht. So müssen die Familien weniger heizen und sparen zusätzlich Geld und Kohlendioxid ein. Einige Bewohner der Region können sich außerdem energietechnisch ausbilden lassen und dadurch neue Berufe ergreifen, mit denen sie ihre Familien besser versorgen können. Sie installieren und warten die Anlagen und tragen Sorge dafür, dass sie lange halten.

Warmes Wasser, sauberer Strom

Für die Familien, die die Caritas Armenien mit einer Solarthermie- oder Photovoltaikanlage ausgestattet hat, ist das tägliche Leben viel leichter geworden. Viele – auch der älteren Familienmitglieder – konnten nach der Installation zum ersten Mal in ihrem Leben warm duschen. Vorher mussten sie die Körperpflege mit Eimern und Wannen sowie auf dem Ofen erhitzten Wasser betreiben. Die Familienmitglieder waren dabei immer in Gefahr, sich am heißen Wasserbottich zu verbrühen. Jetzt haben die Familien, die für das Projekt ausgewählt

worden sind, teilweise Tanks mit 360 Liter warmem Wasser, allein von der Sonne erhitzt.

Familien mit Photovoltaikanlagen können umgerechnet zwischen zehn und 25 Euro pro Monat an Stromkosten sparen. Bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von umgerechnet 600 Euro in Armenien macht das sehr viel aus. Die für das Projekt ausgewählten Familien haben ein noch viel geringeres Einkommen. Nicht genutzten Strom können sie gegen eine Vergütung in das Stromnetz einspeisen.

Doch nicht nur Privathaushalte profitieren von den Solarthermie- und Photovoltaikanlagen aus dem Projekt. Auch Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten und Jugendeinrichtungen stützt die Caritas Armenien mit den klimaschützenden, kostensparenden Anlagen aus. Viele Dörfer sind nicht ans Gasnetz angeschlossen. Deswegen gibt es in Gemeinschaftseinrichtungen oft elektrische Heizungen. Hier ist die Einsparung durch die Photovoltaikanlagen besonders hoch – bei den Kosten, aber auch beim Ausstoß von Kohlendioxid.

Nanar Datyan freut sich über die Solaranlage: „Wir drehen den Wasserhahn auf, und es kommt warmes Wasser heraus.“



© Bente Stachowske



LINDA TENBOHLEN

ist Teamleiterin Kommunikation bei Caritas international

Grün ist die **Hoffnung**

Ein Caritas-Projekt im Tschad ermöglicht Landwirtschaft trotz Versandung

Der Tschadsee ist aufgrund anhaltender Trockenheit massiv geschrumpft, der Wüstensand breitet sich aus. Für die Bevölkerung wird es immer schwieriger, Nahrungsmittel anzubauen, viele haben nicht genug zum Essen. Mit angepassten landwirtschaftlichen Methoden sowie Agroforstwirtschaft unterstützt die Caritas die Menschen.

Das Pflanzen von Bäumen verspricht langfristig große Erfolge. Die Setzlinge sind aber anfangs pflegeintensiv und müssen regelmäßig gegossen werden.

Die Republik Tschad in Zentralafrika ist eines der ärmsten Länder weltweit. Besonders die Region am Tschadsee leidet unter der Klimakrise. Denn zum einen ist der Tschadsee, die wichtigste Wasserquelle, in den letzten Jahrzehnten massiv geschrumpft. Zum anderen wechseln sich langanhaltende Dürren mit heftigen Regenfällen und in

der Folge Überschwemmungen ab. Beides zerstört die Ernten und schadet langfristig den Anbauflächen: Die Sonne trocknet die Böden aus und die heftigen Regenfälle schwemmen die fruchtbare obere Bodenschicht weg. Zurück bleiben Wüstensand und Staub, die der Wind auf die umliegenden Felder weht.

Viele Bauern nutzen Polder – meist ausgetrocknete Seitenarme des Tschadsees – für den Anbau von Mais, Zwiebeln oder Weizen. In diesen Bereichen gibt es noch gute und feuchte Böden. Aber auch die Polder sind vom Wüstensand bedroht. Dono Ndimadjita von der Caritas Tschad schätzt: „Wenn wir nichts tun, sind die Flächen in den Poldern nach fünf bis maximal zehn Jahren ebenfalls von Sand bedeckt.“

Bereits heute haben 5,3 Millionen Menschen, also ein Drittel der Bevölkerung im Tschad, nicht genug zu essen. Gleichzeitig sind über zwei Millionen Vertriebene in die Dörfer am Tschadsee gekommen. Zuvor haben sie auf den Inseln im See gelebt. Einige sind von dort geflohen, weil ihre Wohnorte bei heftigen Regenfällen überschwemmt wurden. Andere haben sich vor der Terrorgruppe Boko Haram in Sicherheit gebracht, deren Milizen sich auf den Inseln im Tschadsee verstecken und von dort aus Dörfer überfallen.

Felder nachhaltig bewirtschaften

Um die Versorgung zu sichern, hilft die Caritas Landwirt_innen, ihre Felder effektiv und nachhaltig zu bewirtschaften. Die Mitarbeitenden geben Saatgut und Werkzeuge wie Schaufeln und Schubkarren aus. Gleichzeitig schulen sie die Menschen, wie sie beim Gemüseanbau die Böden schonen und Wasser sparen können. Besonders Bewässerung ist ein wichtiges Thema, weil die Regenzeiten seit einigen Jahren viel zu kurz sind.



© Annette Eiges

Früher hatten die Bauern ein Loch in den Boden gegraben, um an Wasser zu kommen. Das 2,5 Meter tiefe Loch war nur mit Ästen gegen Einsturz gesichert. Die Caritas hat nun ein Brunnenloch gebohrt und eine Wasserpumpe angeschafft, damit die Landwirte sicherer und langfristiger an Wasser kommen. In Tchingam, einem der Orte am Tschadsee, ist beispielsweise eine regelrechte Oase entstanden, mit großen Gemüse- und sogar Getreidefeldern, Bäumen, Brunnen und einer Zisterne. Außerhalb dieses umzäunten Bereichs haben Menschen aus den Nachbardörfern ebenfalls Gemüseflächen angelegt, die Dorfbewohner_innen pumpen Wasser zu ihnen hinaus.

Vorräte für schlechte Zeiten

Mithilfe der Caritas hat die Dorfgemeinschaft außerdem neue Getreidespeicher errichtet. Hier können die Bewohner_innen ihre Ernte einlagern, bis sie sie verkaufen oder selbst verzehren. Dort lagert auch ein Notvorrat an Mais für Familien, die eine schlechte Ernte hatten und nicht genug Geld haben, um sich Essen zu kaufen. In einem solchen Fall entscheidet ein vom Dorf gewähltes siebenköpfiges Komitee, wer den Notvorrat erhält. Den geliehenen Mais ersetzt die Familie nach der nächsten Ernte.

Die Caritas unterstützt die Bäuerinnen und Bauern außerdem dabei, ihre Felder vor dem Wüstensand zu schützen. Dafür werden neue Bäume gepflanzt. Deren Blätter schirmen den Boden vor der Sonne ab, die Wurzeln stabilisieren den Boden und verhindern, dass nährstoffreiche Erde weggeschwemmt wird. Die Mitarbeitenden der Caritas geben Samen aus und schulen die Menschen, wie sie die Setzlinge ziehen, anpflanzen und pflegen können. Um die kleinen Bäume vor hungrigen Tieren zu schützen, hegen die Projektteilnehmer_innen die Setzlinge mit Dornengestrüpp und toten Ästen ein.

Barrieren gegen den Wüstensand

Bei der Auswahl der Baumarten steht der langfristige Nutzen im Vordergrund. Bäume, die nur flach wurzeln, kippen im Wüstensand oft um, weil der Wind die Sandkörner um die Bäume verweht, sodass die Wurzeln freiliegen und die Bäume nicht mehr stabil stehen. Deshalb achten die Mitarbeitenden auf Baumarten, die tiefe Wurzeln schlagen. Die Setzlinge stehen in etwa fünf Reihen parallel

zum Rand der Äcker und sind mit jeweils vier Metern Abstand zueinander eingepflanzt. Die Reihen der Baumsetzlinge ziehen sich über mehrere hundert Meter entlang der Felder.

In Zukunft sollen die Bäume eine Barriere zwischen den fruchtbaren Feldern und dem Wüstensand bilden.



© Annette Etges

Die Bäume haben aber noch weitere Vorteile: Sie hindern Tiere daran, die Ernte zu fressen, und spenden den Menschen Schatten. Viele Projektteilnehmer_innen haben selbst nicht die Mittel, um Setzlinge zu kaufen und zu pflegen. Durch die Unterstützung der Caritas können sie nun aktiv Maßnahmen ergreifen, um sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen.

Seit die Caritas 2018 mit ihrem Projekt begonnen hat, haben sich die Erträge der Bäuerinnen und Bauern deutlich erhöht. Damit haben die Familien mehr zu essen und können mit dem Verkauf von Gemüse andere Lebensmittel, Kleidung und Schulgeld für ihre Kinder bezahlen.

Agroforstwirtschaftsprojekt in Douboulboul: Kleinbauer Ndi Adoum sammelt behutsam Blätter und Früchte der Bäume, um sie an die Ziegen zu verfüttern.



KATHARINA HÖRING

ist Volontärin in der Öffentlichkeitsarbeit bei Caritas international



Grenzüberschreitend
im Austausch:
63 Personen aus Peru,
Bolivien und Brasilien
trafen sich in Madre
de Dios zu einem
Workshop über
nachhaltigen Anbau.

Der Amazonas ist **das wahre Gold**

Waldlandbau in Peru ist eine nachhaltige Alternative zur Abholzung des Regenwaldes

Um den Amazonas-Regenwald und damit das Weltklima zu retten, ist es notwendig, mit der Natur statt gegen sie zu arbeiten. Ein Caritas-Projekt in Peru zeigt, wie Waldlandbau eine Alternative zu Abholzung und illegalem Goldschürfen bilden kann.

Der Amazonas-Regenwald nimmt eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel ein. Als „grüne Lunge des Planeten“ ist er eine wichtige Kohlenstoffsенке und ein Feuchtigkeitsspeicher, er beherbergt mehr Pflanzen- und Tierarten als jeder andere Ort der Erde. Doch schon jetzt ist fast ein Drittel dieses wichtigen Ökosystems stark geschädigt. Berichte zeigen: In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat das Amazonasgebiet rund 54 Millionen Hektar Wald durch Abholzung verloren. Das entspricht der Größe Spaniens.

Verseuchung durch Goldabbau

Ursache der Entwaldung sind wirtschaftliche Interessen. Die meisten so gewonnenen Flächen dienen der landwirtschaftlichen Produktion, Holzwirtschaft und Viehzucht im großen Stil. Aber auch der Bergbau, insbesondere der Goldabbau, trägt stark zur Entwaldung bei, mit erheblichen Folgen für die Umwelt und die Menschen.

Besonders deutlich wird das in der Region Madre de Dios im äußersten Südwesten Perus, wo Brasilien, Bolivien und Peru aneinandergrenzen. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich dort immer mehr Goldgräber angesiedelt. Im Zuge des Abbaus kommt es zu massiver Abholzung des Waldes. Die Schürfer dringen in abgelegene Naturschutzgebiete vor. Boote mit Pumpen saugen das gelöste Gestein mit goldhaltigen Sedimenten mit Hilfe von Schläuchen nach oben, wo es unter anderem mit Quecksilber versetzt wird.

Dabei gelangen giftige Dämpfe ungefiltert in die Luft, die auch von den Menschen eingeatmet werden und sich in der Nahrungskette anreichern. „Es sind zumeist Indigene, die sich von Fisch ernähren und dadurch schleichend mit dem Metall vergiften“, berichtet Juan Carlos Navarro, Geschäftsführer der Caritas Madre de Dios.

Waldlandbau als Alternative

Vor allem indigene und kleinbäuerliche Gemeinschaften werden von der Goldbau-Maschinerie bedroht. Auf sie wird Druck ausgeübt, ihr Land für den Abbau herzugeben. Ein Caritas-Projekt unterstützt die Menschen daher in ihren Rechten für ihr Land und zeigt nachhaltigere Einkommensquellen auf. Die Alternative heißt Agroforstwirtschaft, auch Waldlandbau genannt. Sie ist nicht nur naturschonender als Bergbau, sie vermeidet auch die Nachteile monokulturellen Plantagenanbaus. „Statt großflächig Wald für die Landwirtschaft zu roden, bauen die Menschen hier direkt neben oder unter den Bäumen Kakao, Bananenstauden, heimische Gemüsearten und andere Nutzpflanzen an. Ein solch diversifizierter Anbau schützt den Boden vor Erosion, stärkt das Ökosystem und sorgt für eine höhere Widerstandsfähigkeit bei Dürren und Überschwemmungen“, erläutert Juan Carlos Navarro.

Und das sei unbedingt notwendig, schließlich bekommen die Menschen auch vor Ort die Folgen des Klimawandels zu spüren. „Es gibt einerseits immer häufiger Kälteeinbrüche und andererseits starke Hitzeperioden. Ausgetrocknete Böden, die leicht überschwemmt werden, sind die Folge“, berichtet Juan Carlos Navarro.

Über den Parzellen in Madre de Dios ragen schattenspendende, noch junge Bäume, deren Holz in einigen Jahren das Einkommen der Bauern nachhaltig aufbessern wird. „Durch den Turnus von einjährigen und mehrjährigen Arten haben die Menschen immer etwas zu ernten“, sagt der Leiter der Caritas. Um möglichst viele Landwirte mit einzubeziehen, wurde eine Genossenschaft für den Vertrieb der Produkte ins Leben gerufen.

Das wahre Gold

Das Projekt der Caritas Madre de Dios setzt nicht nur auf ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, sondern auch auf die soziale Komponente. Um Menschen für den Waldlandbau zu gewinnen und über ihn aufzuklären, finden regelmäßig Workshops zum Thema statt. Wie zum Beispiel im April 2023: In der indigenen Gemeinde Boca Pariamanu, zwei Stunden von der Stadt Puerto Maldonado entfernt, teilten 63 Teilnehmende vier Tage lang ihre Erfahrungen zu heimischem Saatgut

sowie dem ursprünglichen traditionellen Anbau und kochten gemeinsam.

„Damit möchten wir das Wissen unserer Vorfahren weitergeben, welches das Leben im Einklang mit der Natur, aber nicht auf Kosten der Natur umschreibt. Die Schätze der Natur wollen wir also als das wahre Gold begreifen“, so Juan Carlos Navarro. Studien zeigen:

Indem man die indigenen kleinbäuerlichen Gemeinschaften in ihren Rechten unterstützt, trägt man zum Erhalt des Amazonas bei.



Amazonas retten: Unsere Verantwortung

Juan Carlos Navarro hofft, dass auch auf politischer Ebene mehr für den Erhalt des Primärwaldes getan wird. „Die Natur selbst hat Rechte, die es zu schützen gilt. Dies international anzuerkennen und besonders auch die Konsummuster im Globalen Norden, insbesondere was Gold angeht, zu hinterfragen und so die Nachfrage einzudämmen, sind weitere Schritte, um die „grüne Lunge“ auch für künftige Generationen zu bewahren.“

Der Goldabbau in Madre de Dios trägt massiv zur Zerstörung des Amazonas bei.



VERENA SCHMIDT

ist freie Mitarbeiterin in der Öffentlichkeitsarbeit von Caritas international.

Die Verursacher **haftbar** machen

Sind Ausgleichszahlungen ein brauchbarer Ansatz für Klimagerechtigkeit?

Laut Pariser Klimaabkommen von 2015 sollen die Verursacher der Klimakrise jene Menschen entschädigen, die von ihren Auswirkungen besonders stark betroffen sind. Bisher fehlen dem „Loss and Damage“ genannten Konzept aber glaubwürdige Aktivitäten zur Umsetzung.

In den letzten zwanzig Jahren verdoppelten sich die jährlich registrierten klimabedingten Krisen weltweit von 200 auf 400. Besonders stark betroffen von den Auswirkungen des Klimawandels sind viele Länder des Globalen Südens. Zugleich haben ökonomisch schwächere Länder historisch betrachtet viel weniger zur Klimakrise beigetragen als Industrieländer.

Mit der Klimakrise steht auch die internationale humanitäre Hilfe vor einer nie dagewesenen neuen Herausforderung. Zu allen bisherigen Krisen und Katastrophen gibt es einen elementaren Unterschied: Die Klimakrise hört nicht mehr auf. Sie kann weder auf diplomatischen Wegen gelöst noch durch militärische oder zivile Maßnahmen befriedet werden. Einen Impfstoff gegen die Folgen der Klimakrise wird es ebenso wenig geben wie einen einzigen großen Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten. Deshalb sind Konzepte zwingend notwendig, wie besonders betroffene Länder ent-

schädigt und ihre Bewältigungsstrategien unterstützt werden können.

Verursacher sollen für Schäden bezahlen

Das bei der UN-Klimakonferenz 2009 erstmals vorgestellte Konzept *Loss and Damage* sieht vor, dass nach dem „Verursacherprinzip“ wohlhabende Länder für die durch ihre Treibhausgase verursachten Schäden „rechenschaftspflichtig“ gemacht werden. Die somit zur Verfügung stehenden Finanzmittel sollen nach dem Vorsorgeprinzip vor allem den Ländern zugutekommen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ihre Bevölkerungen ausreichend vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

Länder wie Japan oder Bangladesch haben in Sachen Katastrophenvorsorge beachtliche Erfolge vorzuweisen, jedoch bei sehr unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Ausgangsbedingungen.

Tropensturm „Idai“ richtete 2019 allein in Mosambik Schäden in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar an, 141.000 Menschen wurden durch die Überschwemmungen obdachlos.



Das Pariser Abkommen verfolgt das Ziel, sowohl den unterschiedlichen Verantwortlichkeiten für die Klimakrise Rechnung zu tragen als auch den unterschiedlichen Ressourcen, die einem Land zur Bewältigung der Folgen und zum Schutz seiner Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Bangladesch stünden demnach über den *Loss and Damage*-Mechanismus mehr Mittel aus dem Kompensationsfonds zu als Japan. Durch seinen historischen Beitrag zur Klimakrise sowie den finanziellen Kapazitäten käme Deutschland klar die Rolle des Beitragszahlers zu.

Mittel müssen verlässlich bereitstehen

Grundlage dieses Vorsorge-Mechanismus ist, dass die Finanzmittel dafür *zusätzlich, angemessen, verlässlich und berechenbar* bereitgestellt werden – und nicht nach Gutdünken und eigenem Ermessen einzelner Staaten. Ansonsten wäre damit zu rechnen, dass die Bedarfe nie gedeckt werden und zwischen Finanzierungszusagen und tatsächlichen Zahlungen eine ähnlich große Lücke klaffen wird wie bei den benötigten Mitteln für humanitäre Hilfen, die oft nicht mal zur Hälfte gedeckt sind.

Mit öffentlichen Mitteln als primärer Finanzierungsquelle wären auch innovative Finanzierungswege denkbar, etwa die Umleitung von Subventionen für fossile Brennstoffe sowie die Einführung progressiver Steuern auf Finanztransaktionen oder Schiff- und Luftfahrt. UN-Generalsekretär Antonio Guterres befürwortet eine Steuer auf die Übergewinne der fossilen Brennstoffindustrie und eine Umschichtung für Länder, die unter den durch die Klimakrise verursachten Verlusten und Schäden am meisten leiden.

Roadmap zur Umsetzung fehlt

Wer in den Fonds einzahlt, wie Verluste und Schäden berechnet und wie Kompensationszahlungen durchgeführt werden, ist bisher ungeklärt. Klar ist: Bisher ist kein Cent geflossen. Zwar sind die von Dänemark als Kompensation selbstdeklarierten bilateralen 13,4 Millionen Euro für Staaten im Sahel ein Novum. Allerdings ist der Betrag verschwindend gering. Allein die Schäden durch die Überflutung in Pakistan 2022 summieren sich auf zehn Milliarden Euro. Wie eine Studie der Univer-

sität Leeds ergab, müssten die Industriestaaten des Globalen Nordens Ausgleichszahlungen in Höhe von 170 Billionen US-Dollar leisten, um ihre übermäßigen Treibhausgasemissionen zu kompensieren.



© Philipp Spatek

Befürworter_innen von *Loss and Damage* weisen außerdem darauf hin, dass die Ausgleichszahlungen nicht auf einer Kreditlogik aufgebaut sein dürfen. Erstens wird die Klimakrise in 50 Jahren keineswegs vorüber sein, sondern die Kosten für Schutz, Anpassung und Entschädigung werden weiter steigen. Zweitens haben die öffentlichen Schulden 2022 weltweit einen Rekordwert erreicht. Dabei entfällt ein überproportional hoher Anteil auf wirtschaftlich arme Länder, welcher oftmals aus ungerechten historischen Abhängigkeitsdynamiken erwachsen ist. Drittens leben laut dem UN-Bericht „Welt der Schulden“ knapp 40 Prozent der Weltbevölkerung, rund 3,3 Milliarden Menschen, in Ländern, in denen die Zinszahlungen auf Kredite die Ausgaben für Gesundheit oder Bildung schon heute übersteigen.

Viertens trägt die bestehende internationale Klimafinanzierung zur noch stärkeren Verschuldung von betroffenen Staaten bei, da sie zum Großteil in Form von Krediten gewährt wird. Die somit steigende Verschuldung wirkt wie eine „versteckte

Eritrea: Kleinbäuerinnen terrassieren die Hänge, um das spärlicher werdende Regenwasser aufzufangen. Die Caritas entlohnt sie dafür.



Ertragreiche Landwirtschaft ist in Kenia nur noch mit großem Aufwand durch künstliche Bewässerung möglich.
 © Clare McEvoy/Trocaire (Foto links) | **In Mittelamerika sind es vor allem die immer stärker werdenden Hurrikans, die schwere Zerstörungen verursachen.** © Katlyn Holland/CRS (Foto rechts)

Handbremse“ bei der Bekämpfung der Klimakrise.¹ Länder in der Schuldenfalle können kaum Haushaltsmittel für Anpassung oder Entschädigung aufbringen, weil die Last der Schuldentilgung zu groß ist. Mit einem Schuldenerlass hätte beispielsweise Pakistan 2022 der Finanzierung der Fluthilfe Vorrang einräumen können vor der Rückzahlung von Krediten. Stattdessen war das Land auf wohlwollende, vereinzelte humanitäre Hilfe angewiesen und muss nun auf externe Investitionen für den Bau einer widerstandsfähigeren Infrastruktur hoffen.

Ein weiterer Aspekt hinsichtlich der Gerechtigkeitsperspektive ist, dass die Summen für erlittene Schäden in wirtschaftlich armen Ländern im Vergleich zu Industriestaaten geringer ausfallen werden. Gesteerten Straßen oder neuen Markenautos werden höhere monetäre Werte zugewiesen als Sandpisten oder Gebrauchtwagen. Internationale Unternehmen mit klimabedingten Umsatzeinbußen haben höhere Zahlenwerte vorzulegen als kleinbäuerliche Familien. Außerdem ist vollkommen unklar, wo und wie eine Familie ohne Bilanzrechnung den Verlust ihrer gesamten Ernte einreichen und darauf Anspruch erheben kann.

Was heißt klimagerecht?

Statt das Konzept *Loss and Damage* voranzutreiben und Mechanismen zu entwickeln, wie die Finan-

zierung sichergestellt werden kann oder wie Auszahlungen konkret ablaufen sollen, führen viele Industrieländer aus Sorge vor zwingenden Verpflichtungen zunächst eine Verzögerungstaktik. Erst auf der Weltklimakonferenz COP 27 in Ägypten 2022 rangen sich die Staaten endlich dazu durch, Finanzierungsvereinbarungen und einen speziellen Fonds einzurichten. Ein Übergangsausschuss bis zur COP 28 im November 2023 sollte Empfehlungen zur Finanzierung und Operationalisierung von *Loss and Damage* ausarbeiten.

Doch selbst *wenn* sie flößen: Entschädigungszahlungen sind kein Allheilmittel, das für ausreichend Klimagerechtigkeit sorgt und uns von großem Engagement zugunsten wirtschaftlich schwächerer Länder bei der Bewältigung der Klimakrise entbindet.

In einer durchschnittlich zwei oder gar drei Grad heißeren Welt wird ein Drittel der Menschheit aus der sogenannten „Klima-Nische“ (lebenswerte Regionen mit einer Jahresdurchschnittstemperatur zwischen sechs und 28 Grad) herausfallen. Ihre Heimat wird viel zu heiß, zu trocken und unbewohnbar werden. In einigen Ländern sind bis zu 80 Prozent der Bevölkerung auf Landwirtschaft und Viehzucht angewiesen. Wo nutzbare Flächen abnehmen, Wasserquellen versiegen und keine alternativen Einkommensquellen geschaffen werden, ist unfreiwillige Migration vorprogrammiert.



Im Senegal führt die Klimaerwärmung zur Versalzung der Böden. Mit Unterstützung der Caritas angelegte Deiche regulieren den Wasserhaushalt. © Fabrice Taurines (Foto links) | **Wiederkehrende Überschwemmungen führen auf den Philippinen zu Ernteausfällen beim Reisanbau.** © Nonie Reyes/World Bank (Foto rechts)

Insbesondere der Wegzug vom ländlichen in den urbanen Raum geht mit einem unwiederbringlichen Verlust an „cultural heritage“ und „indigenous knowledge“ einher. Diese nicht-monetären Verluste lassen sich nicht wiederherstellen oder kompensieren, genauso wenig wie der Verlust von Menschenleben und Artenvielfalt.

Das Konzept der ökonomischen Kompensationszahlung deckt deshalb von vornherein lediglich einen kleinen Teil der tatsächlich erfahrenen Verluste ab. Dementsprechend sollten keine übersteigerten Erwartungen an das Konzept geknüpft werden. Weder wird dadurch die Klimakrise gelöst noch werden die Lebensgrundlagen der Menschen gerettet. Selbst wenn es gelingt, die noch offenen Fragen zu klären und mit *Loss and Damage* eine Grundlage für Ausgleichszahlungen zu legen, ist ein solches Konzept lediglich eine zusätzliche und längst überfällige Maßnahme, die ein Minimum an erlittenen Verlusten und Schäden zu ersetzen versucht.

Ausblick: Erst ein Anfang

Das positive Momentum der COP 27 für *Loss and Damage* ist schon wieder abgeflaut. Zwar unterstützten die USA die Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus im November 2022 verbal, doch der Sonderbeauftragte für das Klima, John Kerry, sagte bei einer Anhörung im Juli 2023: „Wir

werden unter keinen Umständen Ausgleichszahlungen leisten.“ Vor diesem Hintergrund dürften die auf der COP 28 vorzustellenden Empfehlungen zur Finanzierung und Operationalisierung von *Loss and Damage* mager ausfallen.

Nichtsdestotrotz ist mit dem Konzept ein Anfang gemacht, um sowohl über die Frage der Verursachung als auch darüber, wer für die Schäden aufkommen soll, auf internationaler Bühne zu verhandeln. Deshalb wird das weltweite Caritas-Netzwerk daran mitwirken, dass *Loss and Damage* zum ständigen Punkt auf der Tagesordnung der UN-Klimakonferenz (COP) wird. Dies würde der Diskussion Bedeutung geben, wie die Aufmerksamkeit stets neu ausgerichtet und echte Maßnahmen forciert werden können. Außerdem könnten so die vereinbarten Kompensationen für Verluste und Schäden als Indikator für die Fortschritte bei der Umsetzung des Pariser Abkommens gesetzt werden.



OLE HENGELBROCK

ist Referent für Grundsatzfragen der humanitären Hilfe bei Caritas international.

¹ Siehe: Grants for developing nations to address climate change outweighed two to one by new debt | International Institute for Environment and Development (iied.org)

Klimaschutz hilft **Armut verringern**

Interview mit Astrid Schaffert, Klimaexpertin des Deutschen Caritasverbandes

„Klimaschutz, der allen nutzt“ – so lautete im Jahr 2023 die Kampagne des Deutschen Caritasverbandes. Was bedeutet der Slogan?

Damit die Haushalte mit geringem Einkommen entlastet werden, fordern wir, dass das Geld aus der CO₂-Bepreisung den Menschen in Form eines Klimageldes zurückgezahlt wird.

Es gibt außerdem konkrete Felder, in denen mehr getan werden kann und muss, nämlich beim Verkehr und beim Wohnen.

Inwiefern?

SCHAFFERT: Die Verkehrspolitik etwa ist darauf ausgerichtet, zu viel Geld ins Auto und zu wenig in den öffentlichen Verkehr zu stecken. Das führt zu Mobilitätsarmut bei Menschen, die kein Auto fahren können, sei es, weil sie sich keines leisten können, sie zu jung, zu alt oder körperlich eingeschränkt sind, vor allem im ländlichen Raum. Klimafreundlich hingegen wäre ein gut ausgebauter und bezahlbarer ÖPNV, der ärmeren Menschen mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Gleichzeitig müsste der motorisierte Individualverkehr durch politische Maßnahmen an Attraktivität verlieren, was wiederum gut fürs Klima ist.

Zudem fordern wir die energetische Sanierung von Wohnungen, in denen Menschen mit wenig Geld leben. Sie sind am stärksten von steigenden Energiepreisen betroffen. Die Sanierungskosten dürfen aber nicht allein auf die Mieter_innen umgelegt werden.

Zugleich ist der ökologische Fußabdruck von einkommensstarken Personen um ein Vielfaches höher. Müsste man nicht da ansetzen?

SCHAFFERT: Sicherlich, die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland verursachen nur zwei Tonnen CO₂ pro Kopf im Jahr. Bei den oberen zehn Prozent

sind es mehr als 30 Tonnen, beim obersten Prozent mehr als 90 Tonnen. Überhaupt: Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt klimagerecht! Grundsätzlich



© Sebastian Haury

Südsudan: Energiesparöfen vermindern nicht nur Emissionen und Abholzung, sondern erleichtern den Frauen auch das Leben. Denn Holz sammeln ist im Südsudan meist ihre Aufgabe, und sie müssen weite Strecken dabei zurücklegen.

ASTRID SCHAFFERT: Es gibt das weitverbreitete Narrativ, Klimaschutz sei nur etwas für besser verdienende Menschen. Unsere Botschaft, auch über die Kampagne hinaus, jedoch lautet, dass entsprechende Maßnahmen zum Klimaschutz sogar dazu beitragen können, die soziale Ungleichheit und Armut in der Gesellschaft zu verringern.

Wie soll das erreicht werden?

SCHAFFERT: Bisher wird Klimaschutz nicht über progressiv wirkende Steuern finanziert, sondern über unsozial wirkende Konsumsteuern. So war es zum Beispiel bei der EEG-Umlage, die dazu diente, die erneuerbaren Energien zu finanzieren. Diese wurde abgeschafft, aber mittlerweile gibt es die CO₂-Bepreisung, die kontinuierlich steigt. Diese Zahlungen belasten Einkommensärmere deutlich stärker als Besserverdienende.

„Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt klimagerecht! Grundsätzlich muss es also auch um die Frage der Verringerung von Emissionen der Einkommensstarken gehen.“

Astrid Schaffert, Klimaexpertin

geht es also auch um die Frage der Suffizienz, um die Verringerung von Konsum bei den Einkommensstarken. Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Hier ist die Politik gefordert, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen. Der Appell an das individuelle Verhalten reicht dabei nicht aus. Im Straßenverkehr sagt man auch nicht, es wäre zwar gut, wenn Sie an der roten Ampel stehen bleiben, aber es ist Ihnen überlassen. Darüber hinaus müssen die Subventionen für fossile Energien wegfallen, die die Einkommensstarken bevorzugen und den Klimaschutz konterkarieren.

Was unternimmt der Deutsche Caritasverband selbst?

SCHAFFERT: Wir haben uns zum Ziel gesetzt, unsere Dienste und Einrichtungen in den Bereichen Mobilität, Gebäude, Beschaffung und Finanzanlagen klimaneutral aufzustellen. Hier liegt ein großes Potenzial für Klimaschutz, schließlich hat das Sozial- und Gesundheitswesen einen erheblichen Ausstoß an Treibhausgasen. Darüber hinaus schauen wir uns in einzelnen Fachbereichen mit den Mitarbeiter_innen genau an, was die Klimakrise für die jeweilige Gruppe bedeutet. Etwa wie die Kinder- und Jugendhilfe die Gefährdung des Kindeswohles durch die Klimakrise begrenzen kann.

Wie sieht die Bilanz aus?

SCHAFFERT: Der Weg dorthin ist nicht leicht, da die Caritas in Deutschland rund 7.000 juristisch eigenständige Träger umfasst. Die Finanzierungsbedingungen sind für alle nicht ausreichend. Und dennoch gibt es schon in den ersten Verbänden eigene Klimaschutzmanager_innen, einige Einrichtungen und Verbände sind bereits auf diesem Feld zertifiziert. Es wurden Photovoltaik-Anlagen installiert und die Nutzung von Jobrädern ist bei vielen schon Usus. Außerdem haben wir den Stromspar-Check.

Was ist ein Stromspar-Check?

SCHAFFERT: Das ist ein kostenfreies Angebot für Beziehende sozialer Leistungen und Menschen mit niedrigem Einkommen. Ehemalige Transferhilfe-Empfänger_innen, die zu Stromsparfachleuten ausgebildet wurden, besuchen die Haushalte

und erläutern, wie und wo man Energie und Strom sparen kann. Die Bilanz bisher ist sehr gut, da es eine Beratung auf Augenhöhe ist. Wir würden das Instrument gern ausweiten. Und dennoch ist das Instrument aus Sicht des Klimaschutzes begrenzt, da die Einsparpotenziale von klimaschädlichen Emissionen bei Menschen mit wenig Geld geringer sind als Einsparpotenziale an anderen Stellen.



Welche Hoffnungen für die Zukunft hegen Sie in Bezug auf die Klimakrise?

SCHAFFERT: Wir brauchen Klimaschutz nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus armutspolitischen Gründen. In der Zukunft wird es daher wichtig sein, dass soziale Belange und Klima sowohl global als auch national aufs Engste miteinander verflochten sind. Und wir dürfen das Thema der Verantwortung des Globalen Nordens als Hauptverursacher des Klimawandels nicht außer Acht lassen. Daher ist es unser Auftrag, beherzt und vorbildhaft den Klimaschutz voranzutreiben.

Serdar Ayhan wurde bei der Beantragung von Wohngeld auf den Stromspar-Check der Caritas aufmerksam gemacht und freut sich, gemeinsam mit Tochter Naray künftig Geld sparen und das Klima schonen zu können.



ASTRID SCHAFFERT

ist Referentin für sozial gerechte Klimapolitik beim Deutschen Caritasverband.

Das Gespräch führte Verena Schmidt.



ANPASSEN, FLIEHEN, FESTSITZEN

Mehr Informationen
zur Ausstellung:

[www.caritas-international.de/
klima-ausstellung](http://www.caritas-international.de/klima-ausstellung)



Wanderausstellung von Caritas international über den Zusammenhang von Klimakrise & Flucht

Bereits heute fordert die Klimakrise zahlreiche Opfer und führt vor allem in Ländern des Globalen Südens zu einer steigenden Zahl an Vertriebenen. Dieser Zusammenhang ist Thema der Wanderausstellung „Anpassen, Fliehen, Festsitzen – wie wirkt sich die Klimakrise auf die Länder des Globalen Südens aus – und was bedeutet das für die Menschen vor Ort?“

Die Ausstellung gibt den Menschen ein Gesicht, zeigt die Zusammenhänge zwischen Klimakrise und Flucht auf und fragt: Was bedeutet eigentlich Klimagerechtigkeit? Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftsprojekt der Diözese Rottenburg-Stuttgart, der Erzdiözese Freiburg und Caritas international, dem Hilfswerk des Deutschen

Caritasverbandes. Gemeinsam unterstützen die drei Partner Hilfsprojekte zur Anpassung an den Klimawandel in verschiedenen Ländern.

Die Wanderausstellung besteht aus selbststehenden Wänden aus 100 Prozent recyclingbarem Pappmaterial mit B1 Brandschutzzertifikat. Sie ist leicht auf- und abzubauen und kann kostenlos über alle drei Partnerorganisationen ausgeliehen werden.

Können Sie sich vorstellen, die Ausstellung in Ihren Räumen zu zeigen?

Nehmen Sie bitte Kontakt auf mit der Spenderbetreuung von Caritas international, Telefon 0761 200 288 spenderbetreuung@caritas.de



caritas **international**

DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS

Sie können
das Blatt
wenden.



Einfach scannen
und spenden.



#wendedasblatt

Spenden unter: [caritas-international.de](https://www.caritas-international.de)

IBAN: DE88 6602 0500 0202 0202 02

Caritas international, das weltweit tätige Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, hilft nach Naturkatastrophen und in Krisengebieten das Überleben der Menschen zu sichern. Dabei arbeiten wir vor allem mit nationalen Caritasorganisationen zusammen, die in mehr als 160 Ländern Hilfe leisten. Mit sozialen Projekten unterstützen wir Menschen, die besonders schutzbedürftig sind: Kinder und Jugendliche, alte und kranke Menschen sowie Menschen mit Behinderung. Caritas international hilft unabhängig von der Herkunft, Religion oder politischen Überzeugung der Betroffenen.

www.caritas-international.de

Bank für Sozialwirtschaft, Karlsruhe
IBAN: DE88 6602 0500 0202 0202 02
BIC: BFSWDE33KRL



caritas international
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS